

Podiumsdiskussion auf dem BAP-Arbeitgebtag:

Vier Wochen oder neun Monate? Der Streit um Fristen bei Equal Pay dominiert die Debatte der Politiker

Zentraler Punkt der Podiumsdiskussion auf dem BAP-Arbeitgebtag Zeitarbeit war die Frage nach Equal Pay. Seit die Bundesregierung den Tarifpartnern auftrag, das Thema in den künftigen Verträgen zu berücksichtigen, sind vor allem die Fristen strittig.

Während die SPD „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ schon nach einer kurzen Einarbeitungsfrist von „höchstens vier Wochen“ fordert, wie deren arbeitsmarktpolitische Expertin Katja Mast betonte, will die FDP nicht unter neun Monate gehen. Das sagte ihr Bundestagsabgeordneter Johannes Vogel.

CDU-Kollege Johann Wadepuhl sprach sich grundsätzlich für Equal Pay aus: „Dies darf aber nicht ab dem ersten Tag sein.“ Als „überzeugter Marktwirtschaftler“ sehe er, dass sich eine solche Regelung „betriebswirtschaftlich nicht rechnen“ könne. Auf eine genaue Frist wollte sich der 50-Jährige aber nicht festlegen. Eine Lösung des Problems sei beim BAP und den Gewerkschaften in guten Händen, meinte der promovierte Jurist.

Auch die grüne Arbeitsmarkt-Expertin Beate Müller-Gemmeke nannte keinen Zeitraum, in dem Equal Pay durchgesetzt werden solle. Die 50-jährige Diplom-Sozialpädagogin forderte grundsätzlich eine gleiche Bezahlung für alle Mitarbeiter eines Unternehmens, die gleiche Arbeit tun. Dafür solle jeweils der Haustarifvertrag als Grundlage gelten.

In diesem Zusammenhang wies der 29-jährige FDP-Mann Vogel darauf hin, dass bei Lohnhöhen nicht ein Mitarbeiter der Stammebelegschaft und ein Zeitarbeitnehmer verglichen werden dürften: „Wir können doch nur die Gehälter von Zeitarbeitern mit denen anderer Zeitarbeiter vergleichen. Alles andere ist unsinnig.“ Johannes Vogel äußerte auch die Befürchtung, dass durch Equal Pay Zeitarbeit als Flexibilisierungsinstrument zunichte gemacht werde.

Dabei erhielt er Unterstützung von Professor Michael Hüther. Der Direktor des Institutes der deutschen Wirtschaft in Köln bekräftigte aufgrund aktueller Erhebungen, dass die Zeitarbeit vorwiegend Menschen in den Arbeitsmarkt integriere, die dort zuvor chancenlos gewesen waren.

BAP-Präsident Volker Enkerts hatte im Zusammenhang mit Equal Pay bereits in seiner Begrüßungsrede darauf hingewiesen, dass der Verband gültige Tarifverträge habe – und zwar noch einige Jahre.

Die unter Rot-Grün begonnene Deregulierung des Arbeitsmarktes sei der Hauptgrund für das deutsche Jobwunder, meinte CDU-Politiker Wadepuhl: „Die Zeitarbeit hat uns entschieden durch die Krise und aus der Krise herausgeführt.“ Gerade in der großen Depression mit einem Minuswachstum von fünf Prozent sei Flexibilität gefordert worden: „Was damals richtig war, kann heute nicht falsch sein.“

Zeitarbeit „spaltet“ den Arbeitsmarkt, behauptete dagegen die SPD-Abgeordnete Katja Mast: „Leiharbeiter verdienen nicht nur weniger, sie bekommen auch andere Blaumänner und dürfen nicht einmal auf dem Mitarbeiter-Parkplatz ihr Auto abstellen.“ Unter der Stammebelegschaft herrsche die Sorge, die Zeitarbeiter nähmen ihr die Arbeitsplätze weg.

Dem setzte Wissenschaftler Hüther Fakten entgegen. Die Anzahl der Angehörigen der Stammebelegschaften sei der Studie seines Institutes zufolge vor, während und nach der Krise nahezu konstant geblieben. Die einzigen Faktoren, die sich veränderten, waren der Umsatz und die Zahl der Zeitarbeiter. Daher stehe fest, dass Zeitarbeit im Gegenteil die Stammebelegschaft schütze.